

Sitzung vom 5. Februar 1992

364. Anfrage

Kantonsrätin Helen Kunz, Opfikon, hat am 4. November 1991 folgende Anfrage eingereicht:

Mit Besorgnis stellen wir fest, dass sich ein grosser Teil der Bevölkerung nicht mehr oder nur in geringem Mass für unsere gesellschaftlichen und politischen Probleme interessiert, was vor allem in der immer geringer werdenden Stimmbeteiligung bei Urnengängen zum Ausdruck kommt. Auch hat sich gezeigt, dass die meisten Jugendlichen sehr wenig über die Schweiz wissen (Umfrage bei Rekruten und 1000 jungen Frauen).

Aus dem neuen Lehrplan geht nicht hervor, in welchem zeitlichen und inhaltlichen Umfang sich die Oberstufe mit geographischen, historischen und staatskundlichen Themen zur Schweiz befassen soll. Die Stufenlehrmittelkommission der Sekundarschule hat die Erarbeitung eines neuen Lehrmittels zur Geographie der Schweiz aus zeitlichen Gründen abgelehnt.

Ich frage den Regierungsrat an:

Ist er nicht auch der Meinung, dass die Verhältnisse in unserem Land auch an der Oberstufe, wo diese tiefgründiger und kritischer angegangen werden können als an der Mittelstufe, vermehrt Lehrgegenstand sein sollten?

Wie viele Lektionen innerhalb des Bereichs "Mensch und Umwelt" sind im neuen Lehrplan für Themen vorgesehen, die speziell die Schweiz betreffen, und wie gross ist dieser Anteil am ganzen Bereich "Mensch und Umwelt"? Wie gross ist der Anteil dieser Lektionen im Vergleich zu den vorgesehenen Lektionen, die sich mit Europa und den übrigen Kontinenten befassen?

Ist der Regierungsrat bereit, etwas zu unternehmen, damit auch das Thema "Schweiz" wieder vermehrt im Unterricht der Oberstufe behandelt wird?

Auf Antrag des Erziehungsrates und der Direktion des Erziehungswesens

b e s c h l i e s s t d e r R e g i e r u n g s r a t :

I. Die Anfrage Helen Kunz, Opfikon, wird wie folgt beantwortet:

Die Beteiligung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an Urnengängen ist nicht hoch, doch trifft es nicht zu, dass diese immer geringer wird. Eine Übersicht des Statistischen Amtes des Kantons Zürich zur Stimmbeteiligung an eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen der Jahre 1968-1990 zeigt schwankende Werte zwischen 30 und 60 % auf. Dabei ist die Beteiligung an eidgenössischen Abstimmungen durchwegs höher als jene an kantonalen Urnengängen.

Im weitern kann nicht davon ausgegangen werden, dass das Wissen um einen Sachverhalt zwingend zu einer Verhaltensänderung führt. Aufgrund von Untersuchungen z. B. im Bereich der Umwelterziehung kann angenommen werden, dass es oft durch positive Erlebnisse geprägte Einzelerfahrungen sind, welche ein gewünschtes Verhalten fördern. Teilweise kann auch das Einüben von Verhaltensweisen mit Kindern dazu beitragen, dass dieses Verhalten im Erwachsenenalter beibehalten wird. Allerdings können auch gegenteilige Reaktionen nicht ausgeschlossen werden.

Neben gesellschaftlichen Einflüssen und der Erziehung in der Familie soll die Schule zur politischen Bildung beitragen. Als Ziel wird eine eigenverantwortliche demokratische Mitwirkung und Mitbestimmung der Einzelnen in Staat und Gesellschaft angestrebt. Entspre-

chende Zielsetzungen sind im neuen Lehrplan für die gesamte Schulzeit enthalten. Angestrebt werden u. a.:

- ein durch Werthaltungen des Zusammenlebens geprägter Unterricht wie z.B. Verständnis für Andersdenkende, Gesprächsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein, Solidarität;
- das Einüben demokratischen Handelns in der Schulsituation;
- die Förderung des Entscheidungswillens unter Einbezug der möglichen Konsequenzen.

Was die reinen Kenntnisse anbelangt, schreibt der neue Lehrplan vor, dass die Schülerinnen und Schüler über Orientierungswissen verfügen sollen, d. h. über Kenntnisse und Erkenntnisse, die über die Volksschulzeit hinaus bedeutsam sind. Darin nimmt unser Land, seine Geographie, seine Natur, seine Kultur und Geschichte, einen wesentlichen Platz ein. Eine Zuweisung bestimmter Zeiten, Gebiete oder Phänomene zu einzelnen Schulstufen ist nur schwerpunktmässig vorhanden, so dass sowohl Primar- als auch Oberstufenschülerinnen und -schüler über stufengemässe Kenntnisse über die Schweiz verfügen.

Der neue Lehrplan - im übrigen auch der alte - sieht keine Zuteilung einer Anzahl von Lektionen zu bestimmten Themen vor. Zur Erreichung der verbindlichen Lernziele, z. B. "Widersprüchliche Informationen auf dahinterstehende Interessen untersuchen und sich ein eigenes Urteil bilden" (Mensch und Umwelt, Oberstufe), kann die Lehrperson passende aktuelle Ereignisse lokaler, nationaler oder internationaler Art nach eigenem Ermessen wählen. Es kann daher kein Anteil an Unterrichtszeit angegeben werden, welche unserem Land oder andern Gebieten gewidmet ist.

Der Erziehungsrat hat 1991 die Ziele und Inhalte des neuen Lehrplans verabschiedet. Ab Schuljahr 1992/93 wird der neue Lehrplan gestaffelt eingeführt und im Schulalltag erprobt. Für das Schuljahr 1997/98 ist die Begutachtung durch die Lehrerschaft vorgesehen, und bis zu diesem Zeitpunkt soll daher an der Erprobungsfassung nichts geändert werden.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion des Erziehungswesens.

Zürich, den 5. Februar 1992

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Roggwiller